

Hildebrandt, Walter

Article — Digitized Version

Ost-West-Handel als politisches und wirtschaftliches Problem

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hildebrandt, Walter (1960) : Ost-West-Handel als politisches und wirtschaftliches Problem, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 40, Iss. 7, pp. 377-387

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132994>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

ABHANDLUNGEN

KOEXISTENZ UND OST-WEST-HANDEL

Unsere Leser haben in der Gegenüberstellung der beiden folgenden Abhandlungen die delikate Möglichkeit, die Auseinandersetzung über ein weltbewegendes Problem, nämlich den ideologisch so umstrittenen Begriff der „friedlichen Koexistenz“ und die Entwicklung des Ost-West-Handels, zwischen zwei Sachkennern aus den beiden gegenüberstehenden Wirtschaftsblöcken zu verfolgen. Es ist von besonderem Wert, daß es sich bei beiden Darstellungen nicht um propagandistische Überspitzungen, sondern um ausgewogene Überzeugungen handelt. Es kann nicht Sache dieses Vorworts sein, die fundamentale Kontroverse, die sich aus beiden Darstellungen ergibt, herauszustellen. Es sei nur betont, daß sie im Bereich des Politischen liegt und wir uns bewußt sein müssen, daß wir bei jeder Handlung aus der wirtschaftlichen Ratio auf das eschatologische Sendungsbewußtsein der östlichen Politiker stoßen werden. Wir erkennen aber auch aus dieser Gegenüberstellung, daß der dominierende „harte Kurs“ des Politikers nur eine Seite des östlichen Machtblocks verkörpert, der in der dialektischen Folge wohl auch einmal vom Kurs der sogenannten „Ökonomen“ abgelöst werden kann.

Ost-West-Handel als politisches und wirtschaftliches Problem

Dr. Walter Hildebrandt, Stolzenau/Weser

Jede Diskussion über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West muß davon ausgehen, daß wir es hier mit einem vielschichtigen Problem zu tun haben, in dem sich wirtschaftliche und politische Gesichtspunkte auf das engste berühren. Im Grunde ergeben sich die Fragestellungen auf vier Ebenen, wobei die in der Sache begründeten Antworten über den Nutzen oder die Gefahren engerer wirtschaftlicher Kontakte zwischen der freien und der kommunistischen Welt sich oft genug widersprechen.

Die Überlegungen des einzelnen Unternehmers, der am Ost-West-Handel beteiligt ist und auf eine günstige Exportquote seines Betriebes bedacht sein muß, decken sich nicht zwangsläufig mit den gesamtwirtschaftlichen Kalkulationen, die von dem Gedanken einer langfristigen Strukturpolitik, der Verpflichtung, potentielle Krisen fernzuhalten, und der Bilanz der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ausgehen müssen. Alle diese Gesichtspunkte werden ergänzt durch die Forderungen der Politik, die ihren eigenen Gesetzen zu folgen hat. Dabei kann es ebenso zu einem simplen Widerspruch zwischen Staatsräson und wirtschaftlichem Kalkül kommen wie zu einer komplizierten Verzahnung der Fronten.

In der Tat haben wir im Falle des Ost-West-Handels das Letztere vor uns, weit stärker als etwa in der Diskussion über die EWG- und sonstige westeuropäische Integrationspolitik. Jedes Gespräch über die Zukunft der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West muß von dieser Tatsache ausgehen, wobei der Begriff des Politischen im Rahmen der ost-westlichen Begegnung noch zusätzlich einer genaueren Untersuchung zu unterziehen ist. Es handelt sich einmal um die besondere, spezifisch kommunistische Verbindung zwi-

schen Politik und Wirtschaft im System des Ostblocks, die auf die Grundthesen der Doktrin zurückgeht und die vor kurzem Werner Handke in seinem Buch „Die Wirtschaft Chinas — Dogma und Wirklichkeit“ schlaglichtartig charakterisierte, als er die Industrialisierung im Osten als einen „Akt der Glaubensübung“ bezeichnete. Zum anderen geht es um den revolutionären, weltanschaulich-missionarischen Charakter der Politik und speziell der Außenpolitik, die damit ebenfalls unter den Primat der Partei gestellt ist. Weder das eine noch das andere, weder die monolithische noch die eschatologische Natur des Systems im Osten kann aus einem grundsätzlichen Gespräch über wirtschaftliche Kontakte ausgeklammert werden.

ENTWICKLUNG UND GROSSENORDNUNG DES OST-WEST-HANDELS

Bevor die angeschnittenen Fragen weiter verfolgt werden, ist es angebracht, sich der bisherigen Entwicklung und der Größenordnung des Warenaustausches zwischen den beiden Lagern zuzuwenden.

Entwicklung des sowjetischen Außenhandels 1921-1959 (in Mill. Rubel)

Jahr	Export	Import	Umsatz
1921	70	734	804
1922	284	940	1 224
1928	2 800	3 322	6 122
1929	3 219	3 069	6 288
1930	3 612	3 690	7 302
1931	2 827	3 851	6 678
1932	2 004	2 454	4 458
1937	1 311	1 016	2 327
1938	1 021	1 090	2 111
1949	5 395	5 035	10 430
1950	7 200	5 800	13 000
1955	13 700	12 200	25 900
1956	14 446	14 453	28 899
1957	17 526	15 751	33 277
1958	17 200	17 400	34 600
1959	.	.	42 000

Was zunächst den Außenhandel der Sowjetunion als dem entscheidenden, den Trend der Entwicklung bestimmenden Lande des Ostblocks betrifft, so besteht kein Zweifel darüber, daß die außenwirtschaftliche Komponente der Sowjetwirtschaft in den letzten Jahrzehnten rasch an Bedeutung gewonnen hat. Vor dem zweiten Weltkrieg, 1938, betrug der Außenhandelsumsatz der Sowjetunion nur 2 111 Mill. Rubel oder 400 Mill. US-Dollar¹⁾. 1950 waren es dagegen 13 Mrd. Rubel, und 1959 betrug der Umsatz des sowjetischen Außenhandels 42 Mrd. Rubel. In US-Dollar gerechnet betrug der Außenhandel 1950 3,25 Mrd., 1959 10,5 Mrd.

Der Umfang des Außenhandels betrug in den letzten Friedensjahren des zaristischen Rußlands 1909/13 im Jahresdurchschnitt im Export 6 514 Mill. Rubel und im Import 4 994 Mill. Rubel. Diese Größenordnung wurde von den Sowjets erst wieder zu Beginn der fünfziger Jahre nach dem zweiten Weltkrieg erreicht. Eine lebhaftere Zeit erfuhr der sowjetische Außenhandel zwischen den Kriegen nur während des 1. Fünfjahresplanes 1928/32. Mit Ausnahme von 1929 haben wir es hier auch mit den Jahren eines intensiven Importüberschusses zu tun. Die Industrialisierung, die mit diesem ersten Stalinschen Fünfjahresplan begann, sollte schnell angekurbelt werden. Der Import von Kapitalgütern spielte im Rahmen dieser Vorhaben eine große Rolle.

Der weitaus bedeutendste Handelspartner der Sowjetunion war in diesen Jahren Deutschland, gefolgt von den USA und Großbritannien. Naborow weiß zu berichten²⁾, daß 1931, als der Gesamtumfang des amerikanischen Exportes infolge der Weltwirtschaftskrise steil absank, der sowjetische Import von Maschinen und Ausrüstungsgegenständen dagegen maximale Ausmaße erreichte, der Anteil der Sowjetunion am amerikanischen Export dieser Waren 40% und bei einigen Arten von Ausrüstungsgegenständen sogar einen noch höheren Prozentsatz ausmachte. Deutschland bestritt 1931 und 1932 mehr als ein Drittel des gesamten sowjetischen Importes, hauptsächlich ebenfalls Maschinen und Ausrüstungen. In der deutschen Ausfuhrstatistik rangierte 1931 die Sowjetunion hinter Großbritannien, den Niederlanden und Frankreich an vierter Stelle. Mit einer Ausfuhrquote von 762,2 Mill. RM betrug der Anteil an der Gesamtausfuhr Deutschlands 8 %. Der Anteil an der deutschen Maschinenausfuhr war noch bedeutend größer.

Wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht, war Deutschland auch vor dem ersten Weltkrieg der erste Handelspartner Rußlands. Der in der Statistik ausgewiesene Anteil am russischen Import in Höhe von 47,5% (1913) muß allerdings auf etwa 28—31% reduziert werden, da in der alten russischen Statistik nur das Versendungsland statt des Ursprungslandes berücksichtigt wurde. Trotzdem geht die traditionelle Bedeutung des deutschen Rußlandhandels aus den Zahlen klar hervor.

¹⁾ Umrechnungskurs bis 1949: 1 \$ = 5,30 Rubel, ab 1950: 1 \$ = 4,00 Rubel.

²⁾ Vnešnjaja Torgovlja, Nr. 12, 1959.

Anteil der wichtigsten Länder am Außenhandel

Land	1913		1931	
	in 1000 Rbl.	in %	in 1000 Rbl.	in %
	Einfuhr			
Insgesamt	1 374 034	100,0	1 105 034	100,0
Deutschland	652 209	47,5	410 645	37,1
USA	79 093	5,8	229 915	20,8
England	173 012	12,6	73 381	6,6
Frankreich	56 990	4,1	14 998	1,4
	Ausfuhr			
Insgesamt	1 520 135	100,0	811 210	100,0
Deutschland	453 584	29,9	129 338	15,9
USA	14 155	0,9	22 690	2,8
England	267 801	17,8	266 071	32,8
Frankreich	100 879	6,7	28 330	3,5

Quelle: „Sowjetwirtschaft und Außenhandel“, Nr. 20/21, 1932.

Der handelspolitische Boom um die Wende der zwanziger und dreißiger Jahre sollte allerdings nur eine Episode bleiben, die eng mit der Geschichte des ersten Fünfjahresplanes verknüpft war. Nicht nur die Importe aus Deutschland, den USA und Großbritannien wurden gedrosselt, sondern der gesamte Außenhandel ging im Laufe des zweiten und dritten Fünfjahresplans sprunghaft auf ein Drittel und mehr zurück. Zwischen 1931 und 1937 schrumpfte die sowjetische Einfuhr um nicht weniger als 74%. Es zeigte sich, daß der sowjetische Außenhandel alles andere als eine stabile und kontinuierliche Größe war, mit der langfristig gerechnet werden konnte.

Wie schon angedeutet wurde, kam es nach dem zweiten Weltkrieg zu einer ganz neuen Expansion des sowjetischen Außenhandels. Verglichen mit 1938 vergrößerten sich die Umsätze des sowjetischen Außenhandelsministeriums bis 1950 um mehr als das Fünffache und bis 1959 auf das Zwanzigfache. Es wird deutlich, daß wir es nun mit einer ganz neuen Größenordnung außenwirtschaftlicher Verflechtung der UdSSR zu tun haben.

Es ist zwar selbstverständlich, daß das zu einem guten Teil auf das allgemeine Wachstum der sowjetischen Wirtschaft zurückgeht, aber einige Vergleiche zeigen die besondere Expansion des Außenhandels. Da in der Sowjetunion Sozialprodukt und National-einkommen kaum brauchbare Vergleichsgrößen abgeben, ist die Wachstumsrate der Außenhandelsumsätze mit der Expansion des staatlichen Budgets verglichen worden. Dabei ergibt sich, daß 1938 der Außenhandelsumsatz der UdSSR nur 1,4% im Vergleich zu den Ausgaben des Staates betrug. 1950 dagegen war der Anteil bereits auf 3,1% gestiegen; 1957 betrug er 5,5% und 1959 schließlich 6,0%. Interessant ist auch der wachsende Anteil der Sowjetunion am Außenhandelsvolumen der gesamten Weltwirtschaft. Hier vermehrte sich der sowjetische Anteil in den zwei Jahrzehnten zwischen 1938 und 1958 von 1,2% auf 4,5% und bis 1959 auf 5,2%.

Auch die pro Kopf der Bevölkerung berechnete Ausweitung des Außenhandels ist bemerkenswert. Damit gewinnen wir eine international vergleichbare Größe. So betrug der sowjetische Außenhandel pro Kopf 1938 erst 3 \$, 1959 dagegen insgesamt 50 \$. 1955 waren es 31 \$, 1957 41 \$. Allerdings zeigt die Gegen-

überstellung, daß sich der sowjetische Außenhandel noch lange nicht mit dem Außenhandelsvolumen anderer, westlicher Industriestaaten vergleichen läßt:

Außenhandelsumsatz der Sowjetunion und einiger westlicher Industriestaaten 1959

Land	Umsatz in Mrd. \$	Umsatz je Einwohner in \$
Bundesrepublik Deutschland	18,3	352
Frankreich	7,7	172
USA	31,5	181
Niederlande	7,6	673
Schweiz	3,6	697
Sowjetunion	10,5	50

Die von den Sowjets 1959 erreichte Quote von 50 \$ nimmt eine ausgesprochene Mittelstellung zwischen dem niedrigen Vorkriegsstand (3 \$ pro Kopf) und den Quoten der hochindustrialisierten Länder des Westens ein, die immer noch ein Vielfaches betragen. Die Vorstellung drängt sich auf, daß das Wachstum des sowjetischen Außenhandelsvolumens jetzt eine Art „Halbzeit“ erreicht hat. Aber bedeutet das auch, daß die Expansion in den nächsten Jahrzehnten das gleiche Tempo wie bisher beibehalten wird? Die Zukunft wird zeigen, ob der Außenhandel der Sowjetunion weiter der Intensität des Außenhandels „normaler“ Industriestaaten (zur Zeit 170 \$ Außenhandelsumsatz je Einwohner und mehr) zustrebt oder ob das System der sowjetischen zentralen Verwaltungs- und Kommandowirtschaft die außenwirtschaftlichen Verflechtungen nicht über einen bestimmten Pegel hinaus wachsen läßt.

Nicht weniger wichtig ist die Frage, inwieweit wir es bei der Expansion des sowjetischen Außenhandels mit einer echten Anteilnahme an der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung und Verflechtung zu tun haben. Um das Ergebnis vorwegzunehmen: es deckt sich nicht mit der westlichen Vorstellung von Welthandel. Die Zunahme des sowjetischen Außenhandels hängt vielmehr besonders mit dem Aufbau eines Großwirtschaftsraumes kommunistischer Prägung im Rahmen des „Ostblocks“ und speziell des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (COMECON) zusammen und kann nur bedingt als Außenhandel im üblichen, liberalen Sinne des Wortes angesehen werden.

Im Jahre 1959 entfielen mehr als 75% des sowjetischen Außenhandels auf den Verkehr mit den anderen Ländern des Ostblocks, während die übrige Welt nur mit einem knappen Viertel beteiligt war. Vor dem Kriege war das Verhältnis völlig anders. Damals waren die heutigen Ostblockstaaten nur mit 3% am Warenaustausch der Sowjetunion beteiligt, die übrigen Länder dagegen mit 97%. Der größte Teil der Ausweitung des sowjetischen Außenhandels ist also dem Handel innerhalb des Ostblocks und nicht dem sonstigen Welthandel zugute gekommen.

Es wird oft darauf aufmerksam gemacht, daß sich trotz dieser Tatsachen dennoch der Handel der Sowjetunion mit den nichtkommunistischen Staaten in den letzten Jahrzehnten vergrößert habe. Das ist zweifellos richtig. Aber in der Ausweitung dieses Handelsverkehrs drückt sich nicht ein besonderer, von neuen Grundsätzen ausgehender Sprung aus, sondern diese Expansion entspricht nur mehr oder weniger dem normalen expansiven Trend des Außenhandels, wie er sich in der Ausdehnung des globalen Welthandels deutlich zeigt, ein Trend, an dem die Sowjetunion nun stärker als früher teilnimmt. Der Außenhandelsumsatz der UdSSR mit den nichtkommunistischen Ländern stieg zwischen 1938 und 1958 von 428 Mill. \$ auf 2 280 Mill. \$. Das entspricht etwa der Ausdehnung des gesamten Welthandels, der sich im gleichen Zeitraum von 44,4 Mrd. \$ auf 189,1 Mrd. \$ vergrößerte. Auf Indexbasis berechnet, haben wir es im sowjetischen Falle mit einer Expansion von 100 auf 530 zu tun, beim Welthandel mit einer Ausdehnung von 100 auf 425. Die eigentliche, ungewöhnliche Steigerung des sowjetischen Außenhandels liegt im Warenaustausch mit den übrigen Ostblockstaaten. Hier vergrößerte sich der Umsatz von 1938 bis 1958 von 92 Mill. \$ auf 6 350 Mill. \$. Eine solche Mutation des wirtschaftlichen Austausches deutet einen Vorgang von weltgeschichtlicher Bedeutung an, wobei die Bemühungen des COMECON noch nicht einmal auf vollen Touren laufen.

Eine realistische Würdigung der Entwicklung muß außerdem die Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, daß sich in der Nachkriegszeit der Zusammenbruch des sowjetischen Westhandels, wie er in den Jahren nach 1931/32 zu beobachten war, in der Phase 1948/50 noch einmal wiederholt hat. 1948 hatte der Warenaustausch des sowjetischen Handels mit den nichtkommunistischen Staaten 6,0 Mrd. Rubel und damit eine in der Geschichte der Sowjetunion nach dem ersten Fünfjahresplan einmalige Höhe erreicht. Wie die Tabelle des Außenhandelsumsatzes erkennen läßt, wurden die Hoffnungen, die viele Kreise an diese Entwicklung knüpften, sehr schnell auf das äußerste enttäuscht. Zwischen 1948 und 1950 sank der sowjetische Westhandel von 6,0 auf 2,5 Mrd. Rubel und erreichte trotz steigender Weltmarktpreise erst Anfang 1956 wieder den Umfang von 1948.

Die Ursachen dieser krisenhaften Entwicklung sind bekannt. Ende 1947 wurde mit der Gründung der Kominform als Nachfolgerin der Komintern unter Stalin und Shdanow die weltrevolutionäre Tradition erneuert, 1948 kam es zur kommunistischen Machtergreifung in der Tschechoslowakei sowie zur Berliner Blockade und schließlich im Sommer 1950 mit dem Vorstoß der

Die Ausdehnung des sowjetischen Außenhandels 1938—1958

Jahr	Welthandel		Sowjethandel insgesamt		Handel mit dem Ostblock		Handel mit der übrigen Welt	
	in Mill. \$	Index	in Mill. \$	Index	in Mill. \$	Index	in Mill. \$	Index
1938	44 399	100	520	100	92	100	428	100
1958	189 100	425	8 630	1 660	6 350	6 900	2 280	530

Nordkoreaner und ihrer Verbündeten zum Korea-Konflikt. Alle diese politischen Ereignisse wirkten sich nachteilig auf die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West aus, so daß der geschilderte Rückgang des sowjetischen Westhandels verzeichnet werden mußte.

Außenhandelsumsatz der Sowjetunion 1950—1959
(in Mrd. Rubel)

Jahr	Insgesamt	mit den Ost-blockstaaten	mit dem Westen
1950	13,0	10,5	2,5
1951	18,0	14,2	3,8
1952	20,8	16,6	4,2
1953	23,0	19,0	4,0
1954	25,0	19,6	5,4
1955	25,9	20,6	5,3
1956	28,9	21,9	7,0
1957	33,3	24,5	8,8
1958	34,6	25,5	9,1
1959	42,0	31,6	10,4

Wie aus diesen Zahlen hervorgeht, konnte sich der Westen nach der noch während des Koreakrieges im April 1952 abgehaltenen Moskauer Weltwirtschaftskonferenz, vor allem aber nach dem Tod Stalins und der ersten Gipfelkonferenz von Genf 1955 immer stärker am Gesamthandel der Sowjetunion beteiligen. Während der Anteil der nichtkommunistischen Länder am sowjetischen Außenhandelsumsatz 1953 nur 17% betrug, waren es 1954 bereits 22%, zwei Jahre später 24% und 1957 schließlich 26,4%. Damit war allerdings ein absoluter Höhepunkt dieser Entwicklung erreicht. Mit einem Anteil von 26,3% konnten die Länder der freien Welt 1958 den Stand des Vorjahres nur noch knapp halten. Eine beachtenswerte relative Drosselung des Ost-West-Handels machte sich 1959 bemerkbar, als der Anteil des Westens am Gesamtumsatz des sowjetischen Warenaustausches auf 24,8% sank.

**DIE PROBLEMATIK DER HANDELSBEZIEHUNGEN
ZUM OSTBLOCK**

Eine Verzerrung des Problems ist schließlich auch mit dem globalen Begriff des „Westhandels“ oder des „Handels mit kapitalistischen Staaten“ gegeben, denn damit sind nicht nur die wirtschaftlichen Kontakte mit den westlichen Industrieländern gemeint, sondern auch der Warenaustausch mit den Entwicklungsländern. Dieser unterliegt natürlich ganz anderen Gesetzen und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen als der Handel zwischen dem Ostblock und den westeuropäischen Ländern. Die sowjetischen Anstrengungen im Rahmen der Wirtschaftsoffensive in den Entwicklungsländern sind allgemein bekannt und brauchen hier nicht besonders belegt zu werden. Die Sowjetregierung selbst hat bekanntgegeben, daß ihr Handel mit dieser Ländergruppe zwischen 1953 und 1957 auf mehr als das Fünffache und zwischen 1953 und 1959 auf das Achtfache gestiegen ist. Es ist selbstverständlich, daß diese Entwicklung das Wachstumstempo des Ost-West-Handels größer erscheinen läßt, als es in Wirklichkeit — soweit es die Altländer des Westens betrifft — der Fall ist.

Besonders deutlich wurde dieses Problem in den Jahren 1957/58, als nach der sowjetischen Statistik der Westhandel oder der Handel mit „kapitalistischen

Staaten“ absolut zunahm, während doch gleichzeitig in dieser Zeitspanne der Warenaustausch zwischen der Sowjetunion und den westeuropäischen Ländern abnahm. In Zahlen ausgedrückt heißt das: 1957/58 steigerte sich der Warenumsatz der UdSSR im Handel mit den Entwicklungsländern von 699 auf 927 Mill. \$, zugleich ging der Warenumsatz mit den Ländern Westeuropas von 1 491 Mill. \$ auf 1 353 Mill. \$ zurück. Im ganzen ergibt das die täuschende Aufwärtsentwicklung des Ost-West-Handels von insgesamt 2 190 Mill. \$ auf 2 280 Mill. \$.

Die Zukunft wird zeigen, ob diese Anzeichen einer rückschreitenden Entwicklung im Ost-West-Handel, die sich in den Jahren 1958 und 1959 bemerkbar machten, nur eine mehr zufällige Episode sind, oder ob es sich in Wirklichkeit bereits um eine neue wirtschaftspolitische Entfremdung zwischen Ost und West handelt ähnlich der Entwicklung nach 1932 und nach 1948, wobei auch diesmal der Vorgang mit politischen Entscheidungen des östlichen Lagers in Verbindung gebracht werden muß.

Leider spricht eine Reihe von Tatsachen für die zweite Möglichkeit. Niemand kann die Augen vor einigen Ereignissen der letzten Jahre verschließen, die nicht nur das politische, sondern auch das wirtschaftliche Verhältnis zwischen Ost und West auf das schwerste belasten und zuletzt die gesamte Konzeption der „friedlichen Koexistenz“ (und sei es auch nur als eine „Atempause“) in Frage stellen.

Wer die Entwicklung verfolgt hat, weiß, daß die Vertreter eines „harten Kurses“ gegenüber dem Westen einen ersten Triumph in der Zeit der Vierzigjahresfeier der Oktoberrevolution Ende 1957 erzielen konnten. Ein Dokument dieser Wendung war die „Gemeinsame Moskauer Erklärung der Kommunistischen und Arbeiter-Parteien“ vom 16. 11. 1957. Obgleich das Dokument ein Kompromiß ist, so ist es doch ein eindeutiges Bekenntnis zum internationalen Kommunismus militanter Prägung und eine bewußte Anweisung zum Handeln, wobei der Übergang zum Sozialismus und Kommunismus mit nichtfriedlichen Mitteln als die Regel angesehen wird, da „der Leninismus lehrt und die historische Erfahrung bestätigt, daß die herrschenden Klassen die Macht nicht freiwillig abtreten.“

Im Frühjahr 1958 häuften sich die Anzeichen einer offenen Infragestellung der „friedlichen Koexistenz“ der beiden Lager. Bezeichnend ist das neue Zerwürfnis mit Tito, das im Frühjahr 1958 auch zu neuen wirtschaftlichen Sanktionen des Ostblocks gegenüber Jugoslawien führte. In der in Moskau erscheinenden ideologischen Zeitschrift „Kommunist“, Nr. 6 vom 17. April 1958, wurden noch einmal die Gründe genannt, warum die kommunistischen Parteien des Ostblocks Anfang April die Einladung zum 7. Kongreß der Liga der Kommunisten Jugoslawiens abgelehnt hatten. Dabei wird Tito eines mehrfachen Verrates an der Idee des Weltkommunismus angeklagt und ihm vorgeworfen, den Begriff des „proletarischen Internationalismus“ falsch ausgelegt zu haben. Damit

richte er sich gegen die Grundsätze und allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der „sozialistischen Revolution“ und damit auch gegen die ideologische und politische Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung. Schließlich sei die jugoslawische These, daß auch in der Form eines evolutionären Prozesses (nicht nur durch revolutionäre Änderungen) der Weg vom Kapitalismus zum Sozialismus möglich ist, „unwissenschaftlich, unmarxistisch und unleninistisch“.

Diese Angriffe, die noch durch heftigere Ausfälle der Pekinger „Volkszeitung“ und der Bulgarischen Kommunistischen Partei ergänzt wurden, sind nur richtig zu interpretieren, wenn man sich an andere Symptome der gleichen Zeit erinnert. So etwa an den plötzlichen Abbruch der chinesisch-japanischen Wirtschaftsverhandlungen Anfang Mai 1958 seitens der Chinesen, der mit der Absicht erfolgte, auf diese Weise die Wahlen in Japan zu beeinflussen. Dabei ging es bei den Verhandlungen um die Durchführung eines fünfjährigen Tauschvertrages, der gerade für China besonders wichtig und vorteilhaft gewesen wäre, da es vor allem um die Lieferung japanischer Stahlprodukte an die aufstrebende chinesische Industrie ging. Offensichtlich wog in diesem Falle die Politik des „proletarischen Internationalismus“ stärker als die nationalwirtschaftlichen Interessen Chinas.

Nicht weniger interessant war der Charakter der Marxfeiern in Moskau, die am 5. Mai 1958 anlässlich des 140. Geburtstages von Karl Marx stattfanden. Demonstrativ feierte man Marx als den „flammenden Revolutionär“ und Befürworter des „proletarischen Internationalismus“. Als besondere Geste gab man überdies dem orthodoxen Parteisekretär Walter Ulbricht die Chance, den Jubiläumsartikel in der „Prawda“ zu verfassen. Im Sinne des neuen offensiven Denkens durfte er hier ganz offen die geplante Konföderation zwischen Mitteldeutschland und Westdeutschland als „dialektische Phase“ auf dem Wege zur Errichtung eines kommunistischen Deutschlands bezeichnen. Vorher hatte schon Chruschtschow in einem Interview, das er im März 1958 einem Vertreter der französischen Zeitung „Le Figaro“ gab, seine Konzeption erläutert, als er andeutete, daß die stalinistische Theorie der „Einkreisung durch die Kapitalisten“ überholt sei, weil nun umgekehrt die Kapitalisten durch die Sozialisten und Kommunisten eingekreist würden. Andere sowjetische Autoren, wie z. B. Oberst S. Isatschenko in der „Krasnaja Swesda“ vom 5. April 1958, gingen noch weit offener auf die neue „Einkreisungstheorie“ und offensive Phase des Weltkommunismus ein.

Die weiteren Merkmale dieser Politik sind geläufig. Mit der Rede N. S. Chruschtschows im Moskauer Sportpalast am 10. November 1958, als er den Status von Berlin als überholt erklärte, begann das Verhältnis zwischen Ost und West immer gespannter zu werden. Indem die Sowjetunion an den Status quo Berlins rührte, stellte sie den wesentlichsten Grundsatz der „friedlichen Koexistenz“ und damit auch der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Ost und West

in Frage. Das Jahr 1959 ist gekennzeichnet durch die zunehmenden sowjetischen Angriffe gegen die Bundesrepublik, die sowjetisch-ägyptischen Spannungen infolge der offensiven Orientpolitik des Sowjetkommunismus sowie den wachsenden Einfluß der chinesischen Kommunisten, die auf eine Verhärtung der Fronten drängen. Dabei ist die immer stärker werdende antiamerikanische Propaganda ebenso wichtig wie die aggressive antiindische Politik Chinas, die dem Gedanken der Koexistenz einen der schwersten Schläge der Nachkriegszeit versetzt. Das gilt auch vom sowjetischen Vorgehen anlässlich der Pariser Gipfelkonferenz im Mai 1960, das nicht nur auf Auseinandersetzungen über das Problem der Spionage zurückgeht, sondern auch auf Veränderungen innerhalb der Sowjetunion. Jene Kräfte, die in einer Verständigung mit dem Westen eine Gefahr für das System sehen und den Klassenkampf auf internationaler Ebene unterstreichen, wie die ideologische Gruppe um Suslow, die militärische Gruppe um Malinowskij und die sogenannte Leningrader Gruppe der Shdanowanhänger, haben einen entscheidenden Einfluß auf die Innen- wie Außenpolitik und damit auch die Wirtschaftspolitik gewonnen. Im Grunde sind natürlich alle Anzeichen einer „harten Politik“ von 1957 bis heute zusammenzusehen.

DIE OSTMITTELEUROPAISCHEN LÄNDER UND DER OST-WEST-HANDEL

Das weitläufige Problem der wirtschaftlichen Beziehungen der kleineren osteuropäischen Länder des Ostblocks zur westlichen Welt kann hier nicht im einzelnen behandelt werden. Jedoch steht fest, daß die Lage grundsätzlich nicht anders zu beurteilen ist als die Wirtschaftskontakte zwischen der Sowjetunion und dem Westen.

Bestimmend für die heutige Situation ist noch immer die Tatsache, daß in den ersten fünf bis acht Nachkriegsjahren im Rahmen der politischen Eingliederung der ostmitteleuropäischen Länder in das System des Ostblocks auch eine völlige Umstrukturierung der außenwirtschaftlichen Beziehungen dieser Staaten Hand in Hand ging. Während die Länder Ostmitteleuropas vor dem Kriege nur einen Bruchteil ihres Außenhandels mit den späteren Mitgliedstaaten des Ostblocks abwickelten und in einem überaus hohen Maße auf den Verkehr mit den Ländern Mittel- und Westeuropas eingestellt waren, kam es nach dem zweiten Weltkrieg zu einer völligen Umkehrung dieser Beziehungen. Polen z. B. wickelte 1937 93% seines Warenaustausches mit Partnern ab, die nicht zum späteren Ostblock gehörten. 1953 waren es nur noch 30%. In der Tschechoslowakei sind die entsprechenden Zahlen 89% bzw. 22%. In Ungarn reduzierte sich der Prozentsatz zwischen 1937 und 1953 von 87% auf 23%, in Rumänien von 82% auf 16% und in Bulgarien von 90% auf 14%.

Die folgende Tabelle, die die Lage am Ende der Stalinischen Epoche zeigt, macht noch einmal die tiefgreifenden Veränderungen des Außenhandels der einzelnen

Außenhandel der Ostblockländer 1953

(in Mill. \$)

Ländergruppe	Polen	CSR	Ungarn	Rumänien	Bulgarien ¹⁾	SBZ	China	Volksd. zusammen	Sowjet- union
Volksdemokratien	592	807	402	245	146	649	355	3 196	4 600
Sowjetunion	498	658	348	297	233	823	980	3 837	—
Ostblock insgesamt	1 090	1 465	750	542	379	1 472	1 335	7 033	4 600
Westliche Welt	460	405	225	103	60	243 ²⁾	415	1 911	1 170
Insgesamt	1 550	1 870	975	645	439	1 715	1 750	8 944	5 770

¹⁾ Einschl. Albanien. ²⁾ Ohne Interzonenhandel.

Ostblockstaaten deutlich. Bulgarien und die Volksrepublik China, aber auch Rumänien und Mitteldeutschland räumten dem Handelsverkehr mit der Sowjetunion einen besonders bedeutenden Platz ein, während sich der Außenhandel Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns mehr noch den übrigen Mitgliedern des Ostblocks zuwandte. Einheitlich war jedoch die handelspolitische Entfremdung gegenüber den früheren westlichen Partnern, die nur geringe graduelle Unterschiede kannte.

In den Jahren nach Stalins Tod, zuerst in der Zeit, in der Ministerpräsident Malenkow auch außenwirtschaftlich einem „neuen Kurs“ folgte, dann während der Ministerpräsidentschaft Bulganins und schließlich nach der endgültigen Machtergreifung durch Chruschtschow, hat es nicht an Versuchen gefehlt, den Ost-West-Handel zu beleben. In diese Bemühungen wurden auch besonders die kleineren Partnerstaaten des Ostblocks einbezogen; dennoch konnte der Westen seine Position auf den Märkten Ostmitteleuropas nicht verbessern. Gerade in den entscheidenden Jahren nach der ersten Gipfelkonferenz 1955 machte sich die zuerst von Malenkow und dann von Chruschtschow geforderte „sozialistische Arbeitsteilung“ zwischen den Staaten des Ostblocks und insbesondere zwischen den Mitgliedern des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) immer stärker bemerkbar, so daß jede Ausweitung des Ost-West-Handels durch die steigende Verzahnung des östlichen Großwirtschaftsraumes reichlich kompensiert wurde. Der Export von Gütern aus Ostmitteleuropa nach Westeuropa wurde zwischen 1955 und 1958 zwar von 828 Mill. \$ auf 1 063 Mill. \$ gesteigert, dennoch blieb der Anteil Westeuropas an den Exporten Ostmitteleuropas mit genau 18% stationär. Nicht anders ist die Lage bei den Einfuhren der ostmitteleuropäischen Länder. Die Vermehrung der westeuropäischen Lieferungen 1955/58 von 702 auf 949 Mill. \$ änderte nichts an dem geringen Anteil der westeuropäischen Wirtschaft an den Importen dieses östlichen Raumes, der in beiden Jahren 17% betrug.

Auch in den Zeiten einer angeblichen Entspannung nahm der Ost-West-Handel der ostmitteleuropäischen Länder keineswegs einen zügigen Aufschwung, sondern hatte zeitweise sogar einen absoluten Rückgang zu verzeichnen, wie die Drosselung der Importe Ungarns, Rumäniens und Bulgariens aus Westeuropa 1958 gegenüber 1957 zeigt. In Rumänien geht diese Entwicklung weitgehend auf politische Gründe zurück. Während ursprünglich das am 27. Mai 1958 unter-

zeichnete deutsch-rumänische Abkommen (die Bundesrepublik ist der wichtigste westliche Handelspartner Rumäniens) für 1958 deutsche Lieferungen in Höhe von 145 Mill. DM vorsah, wurden nur Exporte in Höhe von 85,5 Mill. DM realisiert, auch die rumänischen Exporte wurden gekürzt. Hier machte sich u. a. die zögernde Haltung Rumäniens bei der Aussiedlung der Deutschen und deren Zusammenführung mit ihren Familienangehörigen in Westdeutschland störend bemerkbar.

Exportstruktur Ostmitteleuropas 1955—1958

(in Mill. \$)

Land ¹⁾	1955	1957	1958
Polen	914 268	975 312	1 059 361
Tschechoslowakei	1 176 204	1 358 268	1 513 249
Sowjetzone	1 278 134	1 811 147	1 890 165
Ungarn	609 104	488 112	680 146
Rumänien	391 96	390 88	430 96
Bulgarien	230 22	370 40	370 46

¹⁾ Obere Zeile bei jedem Land: Gesamtexport, darunter: Anteil Westeuropas.

Importstruktur Ostmitteleuropas 1955—1958

(in Mill. \$)

Land ¹⁾	1955	1957	1958
Polen	932 200	1 250 284	1 227 319
Tschechoslowakei	1 053 140	1 387 224	1 357 231
Sowjetzone	1 173 130	1 616 148	1 680 166
Ungarn	534 156	683 136	630 125
Rumänien	384 56	415 72	415 68
Bulgarien	195 20	332 44	357 40

¹⁾ Obere Zeile bei jedem Land: Gesamtimport, darunter: Anteil Westeuropas.

Wichtiger als solche einzelnen politischen Belastungen der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West ist die Frage, inwieweit die Herausbildung eines einheitlichen osteuropäischen Großwirtschaftsraumes der Entwicklung des Ost-West-Handels widerspricht. Das Problem ist zunächst systemneutral zu sehen. Bei vergleichbaren Ländern kann geradezu der Satz aufgestellt werden, daß die Außenhandelsintensität eines Wirtschaftsraumes umgekehrt proportional der Größe des Binnenmarktes ist. Wenn die Schweiz einen jährlichen Außenhandelsumsatz von 697 \$ je Einwohner, die Bundesrepublik von 352 \$ und die USA von 181 \$ aufweisen, dann macht sich hier sehr deutlich dieses

Gesetz bemerkbar, das erst bei einer Liberalisierung des Außenhandels und anderer internationalen Wirtschaftsbeziehungen seine Wirkung verliert.

So ist es selbstverständlich, daß ein Aufgehen der kleinen ostmitteleuropäischen Territorien, wie der Tschechoslowakei, Ungarns, Rumäniens, Bulgariens usw. in den größeren Wirtschaftsraum des COMECON den echten Außenhandel dieser Länder reduzieren muß zugunsten der internen wirtschaftlichen Verbindungen innerhalb des neuen Großwirtschaftsraumes. In Ostmitteleuropa kommt noch hinzu, daß die Länder dieser Zone bewußt zu einer Kampfgemeinschaft für den „Wettbewerb mit dem kapitalistischen System“ und für die „ökonomische Hauptaufgabe“ der Überflügelung der westlichen Produktionskraft zusammengeschweißt und einer größtmöglichen „Geschlossenheit“ entgegengeführt werden sollen.

Es muß daran erinnert werden, daß bereits die Gründung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe Anfang 1949 mit der Absicht einer Entfremdung Ostmitteleuropas vom übrigen Europa durchgeführt wurde. Als der Marshallplan zur wirtschaftlichen Gesundung Europas vorbereitet wurde, stand dieser Plan allen europäischen Nationen offen, und man lud ausdrücklich auch die ostmitteleuropäischen Länder zum Beitritt ein. Tatsächlich interessierten sich die polnische und vor allem die tschechoslowakische Regierung lebhaft für diese Möglichkeit, bis ein Eingreifen der Sowjets diese Überlegungen gegenstandslos machte. In einer ausdrücklichen Frontwendung gegen den Marshallplan wurde dann wenig später am 25. Januar 1949 auf einer Konferenz in Moskau, an der Vertreter der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Bulgariens, Polens, Rumäniens und Ungarns teilnahmen, der „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (COMECON) ausgerufen.

In einem Artikel anlässlich des 10. Jahrestages dieser Gründung stellte der sowjetische Autor Silujanow ausdrücklich diesen politischen Hintergrund der COMECON-Gründung heraus³⁾. Es heißt da: „Die Konferenz hielt fest, daß die Regierungen der USA, Englands und einiger anderer westeuropäischer Länder die Handelsbeziehungen mit den volksdemokratischen Ländern und der Sowjetunion nahezu boykottierten, und zwar deshalb, weil die sozialistischen Länder das Diktat des ‚Marshall-Planes‘ abgelehnt hatten. Die Annahme dieses Planes hätte die Souveränität der Länder und die Interessen ihrer nationalen Wirtschaft verletzt. Die Konferenz zu Moskau bezeichnete es infolgedessen als erforderlich, die gegenseitige wirtschaftliche Zusammenarbeit der volksdemokratischen Länder und der Sowjetunion auszuweiten und dadurch weitere Voraussetzungen zu schaffen für einen erfolgreichen Aufbau des Sozialismus sowie für die Festigung des gesamten sozialistischen Blocks.“

Nachdem der COMECON (Council for Mutual Economic Aid) mehrere Jahre wenig fruchtbare Arbeit leistete, wurde er aktiviert, als N. S. Chruschtschow die

³⁾ Voprosy Ekonomiki, Nr. 3, 1959.

Macht übernommen hatte. Einen Einschnitt bildete die Berliner Tagung des COMECON vom 18. bis 25. Mai 1956, auf der beschlossen wurde, ständige Fachkommissionen zu gründen und damit Arbeitsgremien zu schaffen, die die praktische Arbeit im Rahmen der Integrationsbestrebungen überhaupt erst zu leisten imstande waren. Nicht weniger wichtig war eine Tagung, die bezeichnenderweise in jenem Frühjahr 1958 durchgeführt wurde, in dem das revolutionäre Selbstbewußtsein des Ostblocks so deutlich erneuert wurde. Es handelte sich um eine Tagung, auf der diesmal nicht, wie sonst üblich, die Regierungsvertreter der COMECON-Staaten zusammenkamen, sondern die Vertreter der zuständigen Kommunistischen Parteien. Auch hier zeigte sich wieder, daß in Wirklichkeit die Parteigremien als die entscheidenden Befehlszentralen für alle wirtschaftlichen wie politischen Entschlüsse im Ostblock zu betrachten sind. Seit dieser Tagung wird immer wieder auf die dort beschlossenen Maßnahmen zur wirtschaftlichen Integration und Arbeitsteilung verwiesen.

So begann N. Ptitschkin noch Anfang 1960, als er in der Moskauer Zeitschrift „Vnešnjaja Torgovlja“ (Außenhandel)⁴⁾ über die 12. offizielle Ratstagung des COMECON vom Dezember 1959 in Sofia referierte, seinen Bericht mit einem Hinweis auf die Parteibeschlüsse von 1958: „Im Mai 1958 fand in Moskau eine Beratung der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien der Mitgliederverbände des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe unter Beteiligung von Vertretern der Bruderparteien der asiatischen Volksdemokratien statt. Die Beschlüsse dieser Beratung leiteten einen neuen, höheren Abschnitt der kommunistischen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder ein und legten die Perspektiven für die weitere Entwicklung und Festigung dieser Zusammenarbeit fest. Man orientierte sich dabei an den Aufgaben, die den sozialistischen Ländern auf der entscheidenden Etappe des friedlichen Wirtschaftswettbewerbs mit den Ländern des kapitalistischen Systems bevorstehen.“

Als eine der Hauptaufgaben für die weitere Entwicklung und Vervollkommnung der Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beschloß die Beratung die konsequente Durchführung der zwischenstaatlichen sozialistischen Arbeitsteilung und ihrer höchsten Form, der Spezialisierung und Kooperation der Produktion ...“

Der Bericht über die Sofioter Ratstagung endet mit der Feststellung: „Die Weiterentwicklung und Vervollkommnung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die Festigung der Einheit und Geschlossenheit (gesp. v. Verf.) der sozialistischen Länder, sind die wichtigsten Voraussetzungen für den Sieg des Sozialismus im friedlichen Wirtschaftswettbewerb mit dem Kapitalismus.“

In der Tat zeigen auch alle praktischen Maßnahmen der COMECON-Behörden, daß man systematisch die wirtschaftliche Integration auf der Basis weitgehen-

⁴⁾ Vnešnjaja Torgovlja, Nr. 2, 1960.

der Arbeitsteilung anstrebt und in kürzester Frist einen einheitlichen und geschlossenen Großwirtschaftsraum zu bilden versucht. Es muß wiederholt werden, daß das Problem nicht so sehr in der Entwicklung einer größeren Wirtschaftseinheit überhaupt zu suchen ist, sondern darin, daß dieser Wirtschaftsblock als eine Kampfeinheit gegenüber der westlichen Wirtschaft verstanden wird und auf seine Einheit und Geschlossenheit der allergrößte Wert gelegt wird. Damit wird jede wirtschaftliche Beziehung westlicher Länder zu den Mitgliedstaaten des COMECON notwendig zu einer bloßen Randerscheinung der östlichen Wirtschaft degradiert, die niemals ein bestimmtes Maß überschreiten darf. Darüber hinaus aber wird sie in das Zwielicht der politischen Zielsetzungen des Ostblocks gestellt, die den Begriff und die Wirklichkeit der „friedlichen Koexistenz“ nur als einen dynamischen und dialektischen Durchgang hin zu einer „höheren Welteinheit“ mit kommunistischen Vorzeichen begreifen.⁵⁾

DER WESTEN UND DIE WIRTSCHAFTLICHEN BEZIEHUNGEN ZUM OSTBLOCK

Faßt man die Erfahrungen mit den wirtschaftlichen Beziehungen zum kommunistischen Lager und die dahinter sich abzeichnenden Strukturprobleme zusammen, so drängen sich folgende Gründe auf, um einer möglichen Belebung des Ost-West-Handels mit Zurückhaltung zu begegnen:

1. Der Westen hat mehrfach einen schnellen Zusammenbruch seiner wirtschaftlichen Beziehungen zum Osten erlebt, so daß von einer gesicherten Kontinuität des Ost-West-Handels keineswegs gesprochen werden kann. Deutlich wurden die Drosselungen nach 1932 und nach 1948. Ob sich in der Gegenwart ein ähnlicher Vorgang anbahnt, ist noch nicht zu beurteilen, wenn auch mit dieser Möglichkeit durchaus gerechnet werden muß.

2. Wesentlich ist, daß diese Krisen der Wirtschaftsbeziehungen eng mit politischen Entscheidungen zusammenhängen. Damit wird deutlich, daß Politik und Wirtschaft im kommunistischen Bereich vom System her weit inniger gekoppelt sind als in der westlichen Lebens- und Wirtschaftsordnung. Ein besonders prägnantes Beispiel für die enge Verzahnung von Außenpolitik und Außenwirtschaft haben wir auch in der Geschichte des Konfliktes zwischen Moskau und Belgrad bis in die jüngste Zeit vor uns.

3. Dabei geht es nicht nur darum, daß die wirtschaftlichen Beziehungen an bestimmte politische Bedingungen geknüpft werden, sondern letztlich wird die Wirtschaft in gänzlich dienender Funktion der politischen Zielsetzung unter- und eingeordnet. Das trifft auch für die außenwirtschaftlichen Beziehungen des Ostblocks zu, die — nach den Formulierungen sowjetischer Autoren — nicht anders als alle anderen Bemühungen den „Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus“ fördern sollen.

⁵⁾ Zum Problem der „friedlichen Koexistenz“ vgl. die ausführlichen Untersuchungen von Erich Kordt: „Koexistenz als politisches Phänomen“ und Herbert Krüger: „Koexistenz und Völkerrecht“ in: *Moderne Welt*, Nr. 1, 1959.

4. Zwar hat sich die Embargopolitik der amerikanischen Regierung als ein wenig konstruktives Mittel der Abwehr gegen diese Tendenzen erwiesen, nicht zuletzt infolge der pluralistischen Ordnung des westlichen Staatengefüges, aber auch im Hinblick auf die nur um so stärkeren Bemühungen des Ostens, sich wirtschaftlich leistungsfähig und möglichst autark zu machen. Trotzdem sind die Prinzipien, die zu der amerikanischen Embargopolitik geführt haben, mit ganzem Ernst zu würdigen.

5. Letztlich ist damit das Problem der „friedlichen Koexistenz“ selber angesprochen. Als Lenin Ende 1920 mit der Periode der „Neuen Ökonomischen Politik“ (NEP) als der ersten Phase einer „friedlichen Koexistenz“ in der sowjetischen Geschichte begann, charakterisierte er seine Absichten mit folgenden Worten: „An die Stelle des Krieges mit Waffen, mit Tanks, tritt der wirtschaftliche Krieg ... Ich bin überzeugt, daß die Sowjetmacht den Kapitalismus einholen und überholen wird und daß wir nicht nur wirtschaftlich gewinnen werden ... Das ist auch eine Art Krieg, ein kriegerischer Wettkampf zweier Methoden, zweier Formationen, zweier Wirtschaftssysteme — des kommunistischen und des kapitalistischen. Wir werden beweisen, daß wir stärker sind ... Sobald wir aber stark genug sein werden, um den gesamten Kapitalismus niederzuschlagen, werden wir ihn sofort am Kragen packen.“⁶⁾ Es ist selbstverständlich, daß diese „Theorie der Atempause“ vom Westen nicht mitgemacht werden kann. Das erfordert das Gesetz der Selbsterhaltung.

6. Ein besonderes, hier nicht weiter angesprochenes Problem liegt im Wirtschaftssystem des Ostens, der zentralen Verwaltungs- und Kommandowirtschaft sowjetischen Typs mit ihrem Prinzip totaler und langfristiger Planung. Schon von der Natur dieser Ordnung her muß der Außenhandel mit einem Raum, den man nicht unter Kontrolle hält, aufs äußerste beschränkt und nur als ein Austausch gelegentlicher Art betrachtet werden. Der Warenaustausch mit privatwirtschaftlichen Partnern einer freien Welt stellt immer eine unsichere Größe dar, die dem Grundsatz gesicherter, langfristiger Planung widerspricht.

7. Für den Westen wiederum ist es unvorteilhaft, daß den vielen einzelnen Wirtschaftssubjekten der westlichen Welt im Außenhandel auf der anderen Seite als Handelspartner die Vertreter eines zentralisierten Außenhandelsmonopols und einer monolithischen Staatswirtschaft gegenüberstehen. Das schwächt die Verhandlungsposition des Westens, wie es umgekehrt eine schnelle und flexible Anpassung der östlichen Exporte an die Wünsche und Ansprüche der westlichen Konsumenten erschwert.

8. Schließlich muß noch auf einen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt hingewiesen werden, der den Ost-West-Handel nicht unerheblich belastet. Es handelt sich um die Tatsache, daß der Ostblock den Handel mit den westeuropäischen Industrienationen im Grunde im Rahmen eines großen Dreiecksgeschäftes

⁶⁾ W. I. L e n i n, *Sämtliche Werke*, Bd. XXV, Wien—Berlin 1930, S. 643 f.

abwickelt, das für den kommunistischen Wirtschaftsraum höchst vorteilhaft, für Westeuropa dagegen sehr nachteilig ist. Bekanntlich liefert der Osten, nicht anders als Westeuropa, an die Entwicklungsländer sogenannte „harte Güter“ (Maschinen, Ausrüstungen, Waffen usw.) und muß dafür hauptsächlich „weiche Güter“ (Nahrungs- und Genußmittel, landwirtschaftliche Rohprodukte usw.) in Zahlung nehmen, soweit er die Lieferungen nicht kreditieren muß. Im großen gesehen kompensiert der Ostblock diese Geschäfte dadurch, daß er versucht, im Rahmen seines Warenaustausches mit den westeuropäischen Ländern nun seinerseits „weiche Güter“ abzugeben und dafür Maschinen, Spezialausrüstungen und ähnliche Waren einzuhandeln. Für die westeuropäischen Länder bringt das den Nachteil mit sich, daß sie in doppelter Richtung „harte Güter“ gegen „weiche Güter“ abgeben müssen und damit in sehr fühlbarem Ausmaß ihre Handelsbilanz belasten und ihre Volkswirtschaften vor schwer lösbare Aufgaben stellen.

Wenn wir uns einer derartigen Fülle von Argumenten gegenübersehen, die alle die Möglichkeiten und den guten Sinn eines lebhafteren Ost-West-Handels verneinen, dann stellt sich die Frage nach den Konsequenzen dieser Einsichten. Am nächstliegenden wäre sicherlich der Entschluß, die wirtschaftlichen Kontakte mit dem Osten einzuschränken, wenn nicht sogar in einem höchstmöglichen Ausmaß aufzugeben.

Aber es spricht auch manches dafür, eine andere Politik zu treiben und sich einem Geschäft zu widmen, das vielleicht erst in einer späteren Zeit gewinnbringend ist. Wenn wir die ideologische, politische und militärische Teilung Europas betrachten, so ist die wirtschaftliche Spaltung unseres Kontinents diejenige Form der Entfremdung, die am wenigsten schnell rückgängig gemacht werden kann, wenn es einmal zu Veränderungen im Osten kommen sollte. Um so wichtiger ist jeder wirtschaftliche Kontakt, der noch oder wieder wahrgenommen werden kann. Die Einheit Europas kann zuletzt nur als eine Einheit Gesamteuropas aufgefaßt und angestrebt werden. Dieses Ziel kann nicht aufgegeben werden, welche langen Verzögerungen auch immer in Kauf genommen werden müssen.

Die wirtschaftliche Verzahnung der beiden Hälften Europas wird sicherlich durch die Bildung von Großwirtschaftsräumen und Wirtschaftsblöcken erschwert, andererseits entwickelt sich mit zunehmender Industrialisierung und Modernisierung Osteuropas auch ein erheblicher Bedarf an Spezialwünschen und eine verfeinerte Nachfrage. Diese würden — wenn nur der vertragliche Rahmen vorhanden ist — der westeuropäischen Wirtschaft dank ihres hohen Standes gestatten, in neuer Form an alte handelspolitische Traditionen anzuknüpfen und sich als zuverlässiger Partner zu bewähren.

Nach der Katastrophe von Paris ist es freilich schwer, diese Möglichkeiten ernsthaft ins Auge zu fassen. Aber man sollte nicht vergessen, daß auch die Entwicklung im Osten ihre eigene, nicht übersehbare und

vorausschaubare Dynamik besitzt und eine Vielzahl von voneinander abweichenden „Fraktionen“ versucht, dem Gang der Dinge ihren eigenen Stempel aufzudrücken. Eine Politik der wirtschaftlichen Beziehungen zum Osten muß auch diese Tatsache berücksichtigen. In diesem Zusammenhang weisen wir auf jene Gruppe in den Ostblockländern hin, die man vielleicht als die Gruppe der „Ökonomen“ bezeichnen kann, weil sie, wie einst Rathenau, die Wirtschaft als den eigentlichen Raum des Handelns auffaßt und bereit ist, auf weite Strecken der Wirtschaftspolitik den Primat vor der Ideologie und Machtpolitik einzuräumen. Wir erinnern an Edward Lipinski, der im September 1956 als Präsident der Polnischen Wirtschaftspolitischen Gesellschaft in der Warschauer „Nowa Kultura“ das kühne Wort schrieb: „Wirtschaftliche Dezentralisierung und die Forderung nach größerer Eigenständigkeit der einzelnen sozialistischen Unternehmen sind nicht ausschließlich Probleme der Nationalökonomie. Sie stehen vielmehr in unlösbarem Zusammenhang mit der Frage der politischen Freiheit und mit dem Charakter der sozialistischen Kultur.“ In Ungarn wagte sich schon vor dem Aufstand von 1956 der Nationalökonom Istvan Friss ähnlich weit vor, aber auch in der Sowjetunion gibt es eine Reihe von Persönlichkeiten, die mehr oder weniger deutlich der Gruppe der „Ökonomen“ zuzurechnen sind, wie Bulganin, Perwuchin und möglicherweise auch der Erste Stellvertretende Ministerpräsident Anastas Mikojan. Dieser ist eng mit der letzten Phase der „friedlichen Koexistenz“ verbunden und plädierte dabei vor allem für den Ausbau des Ost-West-Handels, wozu er sogar die westdeutsche Presse benutzte.

Tatsächlich muß Mikojan als einer der stärksten Befürworter einer möglichst weitgehenden Eingliederung der Ostblockwirtschaft in das Gefüge des Welthandels angesehen werden. Man kann annehmen, daß Mikojan, der seit 1926 abwechselnd als Handelsminister oder Minister für die Versorgung tätig war, auch der Initiator der ersten sowjetischen Weltwirtschaftskonferenz 1952 war, wie er auch Ministerpräsident Malenkow bei dessen Bemühungen um die Hebung des Lebensstandards im Rahmen des „Neuen Kurses“ beriet. Seine Regie war gleichfalls bei der Ausweitung des sowjetischen Westhandels seit 1955 zu spüren. Die meisten größeren Handelsverträge und Wirtschaftsabkommen gehen auf ihn zurück. In Konkurrenz mit der „harten Gruppe“ der sowjetischen Politiker war Mikojan in den letzten anderthalb Jahren besonders aktiv. Im Januar 1959 bereitete er im Rahmen eines „privaten Besuches“ in den USA den großen Staatsbesuch Chruschtschows vor, der dann im Herbst folgte. Mikojan selbst führte außerdem Wirtschaftsbesprechungen in Dänemark (Januar 1959), Finnland (Oktober 1959), Mexiko (November 1959), Kuba (Februar 1960), Norwegen (Februar 1960) und im Irak (April 1960).

Anhänger seiner Linie setzten sich im vorigen Jahr in wiederholten Veröffentlichungen für eine „Normalisierung der sowjetisch-amerikanischen Handelsbezie-

hungen⁷⁾ sowie für Kontakte zwischen den regionalen Wirtschaftsorganisationen des Ostens und des Westens ein, die auch auf der 28. Sitzung des Wirtschafts- und Sozialrates der UN im Sommer 1959 angeregt worden waren.⁸⁾

Die zurückhaltende Reaktion der westeuropäischen Sachverständigen hielt die Mikojangruppe unter den sowjetischen Wirtschaftspolitikern nicht ab, in Kürze noch einmal in abgewandelter Form auf den Gedanken einer wirtschaftlichen Annäherung zwischen West- und Osteuropa zurückzukommen. Gelegenheit hierzu bot sich, als auf der Pariser Atlantischen Wirtschaftskonferenz im Januar 1960 eine Reform und Ausweitung der OEEC angeregt und am 20. April 1960 der von einer Kommission ausgearbeitete Vorschlag einer neuen Organisation namens „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (OECD) veröffentlicht wurde. Am 21. April 1960 erklärte der Sowjetdelegierte und Stellvertretende sowjetische Außenminister Nikolaj Firjubin anlässlich einer Tagung der Wirtschaftskommission der UN für Europa in Genf, daß die Sowjetunion bereit wäre, an der bevorstehenden Pariser Konferenz teilzunehmen, die eine Reorganisation der OEEC durchführen und eine neue internationale Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung schaffen wolle. Weiter sprach der Sowjetdelegierte die Hoffnung aus, daß sowohl die EWG wie die EFTA der Sowjetunion die Meistbegünstigung zugestehen werden. Die sowjetische Haltung gegenüber einer Ausweitung des internationalen Handels habe nicht rivalisierende Wirtschaftsböcke im Auge, so betonte der Delegierte, sondern einen allseits vorteilhaften Warenaustausch ohne jede Diskriminierung. Eine engere Zusammenarbeit

⁷⁾ W. Naborow in: Vnešnjaja Torgovlja, Nr. 12, 1959.

⁸⁾ L. Lobanow in: Vnešnjaja Torgovlja, Nr. 11, 1959.

zwischen Ost und West bei der Auswertung der europäischen Brennstoffe und Energie und eines Ausbaues der europäischen Binnenwasserwege, durch den die Wolga, die Donau und der Rhein durch Kanäle verbunden würden, sei wünschenswert. Die Ersparnisse durch eine Abrüstung sollten für die Hilfe an unterentwickelte Länder und zur Hebung des Lebensstandards verwendet werden.

Das Bekenntnis zur OEEC würde einen fundamentalen Wandel in den Anschauungen darstellen, denn gerade die Ablehnung des Marshallplanes, des Ausgangspunktes der OEEC, gehörte seit 1948 zu den Maximen der sowjetischen Außen- und Handelspolitik, einschließlich der Politik der Spaltung Europas. Es ist offensichtlich, daß sich ein unüberbrückbarer Widerspruch abzeichnet zwischen diesen Angeboten und ähnlichen Bemühungen um Entspannung und Annäherung auf der einen Seite und den Anstrengungen jener Kräfte, die die weltrevolutionäre Tradition aufzuwerten versuchen. Soll der Westen als Konsequenz dieses allzu verdächtigen Widerspruches die Brücken abbrechen? Oder soll versucht werden, überall dort, wo es ohne Verlust von Prestige und Sicherheit möglich ist, weiter eine Politik der Kontakte, nicht zuletzt auch auf wirtschaftlichem Gebiet, zu verfolgen? Können die Hoffnung und Absicht gehegt werden, damit jene Kräfte im Osten zu stärken, die, wie es Edward Lipinski ausgedrückt hat, unter der Decke mit der Frage der politischen Freiheit und dem Charakter der sozialistischen Kultur ringen? Die Entscheidung zwischen diesen Möglichkeiten ist nicht leicht zu fällen. Vor allem aber müssen diejenigen, die den zweiten Weg befürworten, das ganze Risiko ihres Experimentes erkennen und von der politischen Problematik wissen, die auch jeder wirtschaftlichen Beziehung zwischen Ost und West notwendig innewohnt.

Summary: East-West Trade as a Political and Economic Problem. — Beginning with the fact that the East-bloc countries consider East-West trade not only from the economic point of view, but at least as much under political aspects, this study deals with the problems which the West must solve in the practice of foreign trade. It shows—illustrated by statistical data—how the foreign trade of the present East-bloc countries with Western Europe and the US developed before World War II, and how it developed after the war owing to political changes. This method reveals clearly the change brought about in traditional trade relations. The author deals in detail with the ideological basic facts of East-West trade relations, as put down by the communist-socialist ideas of Marx, Lenin and other leading figures of the East-bloc. The arguments between "orthodox" and "revolutionary" communists in the leadership of the East-bloc countries are not ignored,

Résumé: Le Commerce Est-Ouest — Problème Politique et Economique. — Partant du fait que le bloc soviétique ne poursuit pas seulement des buts économiques, mais bien aussi des buts politiques, dans sa campagne pour une augmentation du commerce Est-Ouest, l'auteur examine les problèmes que le commerce extérieur pose aux pays de l'Ouest. Basé sur une documentation statistique l'auteur entreprend une analyse comparée du développement du commerce extérieur du bloc soviétique et des pays de l'Europe occidentale ainsi que des Etats-Unis à la suite des changements de structure politiques avant et après la deuxième guerre mondiale. Ayant fait ressortir les changements structurels des relations commerciales traditionnelles, l'auteur analyse les fondements idéologiques des relations économiques entre l'Est et l'Ouest et dont les architectes sont Marx, Lénine et d'autres théoriciens et politiciens du bloc oriental. Un des facteurs responsables pour les fluctuations dans le domaine des échanges commerciaux Est-Ouest serait la différence d'opinion entre les communistes „orthodoxes" et les „révolutionnaires"

Resumen: El Comercio Oeste-Este, como Problema Político y Económico. — Aparte del hecho cierto de que el comercio Oeste-Este, en el primero de los bloques, no solamente está influenciado en lo económico sino también en lo político, los problemas son realmente tal y como el Este se los figura, con arreglo a la práctica del comercio exterior. Está representado cubierto de números, tal como dicho comercio se ha desarrollado en los Estados actuales del bloque del Este con aquellos del Oeste de Europa y con Norteamérica después de la segunda guerra mundial y como consecuencia de los cambios acaecidos después de esta guerra. De ahí proviene claramente el cambio que ha ratificado las tradicionales relaciones comerciales. El autor trata detalladamente los inconvenientes ideológicos en que se han colocado las relaciones comerciales entre el Este y El Oeste, a través de la mundial intuición comunista-socialista, como la de Marx, Lenin y otros funcionarios del partido. Por ello no pasan desapercibidas las diferencias que hay entre "ortodoxos" y "comunistas revolucionarios" en la dirección de los Estados del bloque oriental, que en gran parte han estipulado

which to a high degree influenced the changeable development of the East-bloc's trade. The main subject of this study is the obvious intention of the East-bloc to use the much propagandized "peaceful co-existence"—together with an amalgamation of the East-bloc states to a large economic area—to strengthen its economic power, to enter into economic competition with the Western world and thus "to outmatch the capitalistic by the socialist system". Finally the question is raised, how the Western world is to react to this foreign trade policy of the East-bloc, and which the economic and political consequences of this policy will be.

dans les milieux dirigeants des états du bloc oriental. L'auteur met en relief l'intention évidente du bloc oriental de renforcer par une propagande intense la tendance politique générale vers la coexistence pacifique et d'en profiter pour réunir tous les états-membres dans une vaste région économique, donc dans un marché commun oriental. Ceci dans le but de renforcer son potentiel économique et de mener sa compétition économique avec l'Ouest jusqu'à la victoire inévitable du système socialiste sur le capitalisme. Le problème en résultant pour les pays de l'Ouest et exigeant une solution: comment réagir sur la politique économique offensive du bloc oriental et comment interpréter ses effets économiques et politiques?

el desarrollo cambiadizo de su comercio. La parte principal de estas suposiciones, es la evidente intención del bloque del Este de aprovecharse de la "coexistencia pacífica" que domina en la política de dicho bloque y que continuamente propagan, a través de una unión de todos los Estados del bloque oriental en un "gran espacio o recinto comercial" y fortalecerlo para poder así competir comercialmente con el mundo occidental y conducirlo a una "saturación del sistema capitalista por medio del socialista". Por último será preguntado, cómo se comportará el mundo occidental ante la continuada política comercial exterior del bloque del Este y qué consecuencias de arte político y económico podrán resultar de ello.